

Mutige Öffnung in der türkischen Innen- und Außenpolitik

Heinz Kramer

In der letzten Zeit hat die türkische Regierung einige mutige Schritte zur innen- und außenpolitischen Öffnung getan: Eine ambitionierte »demokratische Initiative« zur nachhaltigen Lösung des Kurdenproblems wurde angekündigt, mit Armenien wurde eine Politik des umfassenden Ausgleichs vereinbart und mit Russland wurden verschiedene energiepolitische Abkommen getroffen, die den Spielraum der Türkei erweitern. Alle diese Maßnahmen dienen dem Ziel der AKP-Außenpolitik, das Land zu einem unverzichtbaren strategischen Akteur zu machen. Leitlinien des Handelns dabei sind Stabilität und Wohlstand im Innern und der Ausgleich mit allen Nachbarstaaten. Die innenpolitische demokratische Konsolidierung der Türkei und eine stabile regionale Ordnung liegen auch im Interesse der EU und ihrer Mitglieder. Sie sollten deshalb die türkische Regierung in ihren aktuellen Bemühungen entschieden unterstützen.

Mit einigen in der letzten Zeit angestoßenen Entwicklungen will die AKP-Regierung der Türkei ihre multidimensionale Außenpolitik verstärken und gleichzeitig Hindernisse für die weitere innenpolitische Stabilisierung aus dem Wege räumen. Optimistische Beobachter sprechen bereits von einer »zweiten Reformphase« in Anknüpfung an die energische Reformpolitik zwischen November 2002 und Sommer 2005.

Im Gegensatz zu damals bilden jedoch nicht die Erfordernisse des angestrebten EU-Beitritts die Hauptmotivation für die AKP. Dieses Mal sind es vielmehr regionalpolitische Entwicklungen, die die türkische Politik antreiben: Der Versuch einer Konsolidierung des irakischen Staates

angesichts des angekündigten amerikanischen Truppenrückzugs eröffnet neue Spielräume für die türkische Kurdenpolitik, und die anhaltende geopolitische Konkurrenz um die kaspischen Energieressourcen bildet eine dauernde Herausforderung für die türkische Politik im Südkaukasus.

»Demokratische Initiative« in der Kurdenfrage

Am 29. Juli 2009 verkündete Innenminister Beşir Atalay, die Regierung wolle das Kurdenproblem durch »mehr Demokratie« lösen. Seitdem hoffen die türkische Öffentlichkeit und kurdische Kreise auf einen Durchbruch, um diesen jahrzehntealten

Konflikt endlich aus der Welt zu schaffen. Ministerpräsident Erdoğan nährte diese Hoffnung auf eine »neue Kurdenpolitik«, als er sich am 5. August für eine Stunde mit Ahmet Türk traf, dem Vorsitzenden der pro-kurdischen Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP).

Ein vager »Fahrplan«

Innenminister Atalay kündigte zunächst allerdings nicht mehr als einen Fahrplan an. In einem längeren Konsultationsprozess will die Regierung erst einmal Meinungen wichtiger Akteure einholen. Dabei handelt es sich um die Parteien, Repräsentanten wichtiger staatlicher Institutionen (Militär, Justiz), relevante NGOs, verschiedene »zivile« kurdische Gruppen sowie Journalisten und Experten. Aus den Ergebnissen soll ein erster Entwurf eines umfassenden Plans mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen entstehen. Damit will die Regierung in die politische Diskussion und den parlamentarischen Umsetzungsprozess eintreten. Trotz dieser unscharfen Perspektiven wirkte die Ankündigung wie ein Befreiungsschlag für die öffentliche Debatte in der Türkei.

So forderten liberale Kommentatoren aus der Presse die Regierung auf, bei ihren Bemühungen auch die Positionen der PKK und ihres seit 1999 inhaftierten Führers Abdullah Öcalan zur Kenntnis zu nehmen, eine Meinung, die bis dato fast ausschließlich von PKK-Sympathisanten vertreten wurde. Zudem wurde immer wieder betont, dass die angestrebten Maßnahmen nicht nur für die kritischen Kräfte im staatlichen Establishment und der politischen Opposition akzeptabel sein müssten. Vielmehr komme es für eine dauerhafte Lösung vorrangig auf die Zustimmung der kurdischen Bevölkerung an.

Öcalan hatte für den 15. August einen eigenen »Friedensplan« angekündigt, ihn allerdings bis jetzt nicht öffentlich vorgelegt. Öcalans Anwälte behaupten dagegen, ihr Mandant habe den Plan mittlerweile über die Gefängnisleitung auf der Insel

Imralı, wo der PKK-Chef seine lebenslange Freiheitsstrafe in Einzelhaft verbüßt, den staatlichen Stellen zugänglich gemacht. Auf diese Bekundung gibt es noch keine erkennbaren Reaktionen. Öcalans angeblichen Überlegungen zu einer semi-staatlichen kurdischen Existenz in der Republik Türkei würde jedoch allenfalls der engere Kreis der PKK-Anhänger zustimmen. Alle anderen politischen Gruppierungen in der Türkei einschließlich der regierenden AKP würden diese Forderung zurückweisen, ebenso wie die große Mehrheit der Bevölkerung. Auch die DTP hat diesen Punkt in öffentlichen Erklärungen bisher nicht aufgegriffen.

Vorsichtig abgewogene erste Schritte

Die Regierung hat noch keine inhaltlichen Einzelheiten ihres Plans bekanntgemacht. Dies soll nach Aussagen aus AKP-Kreisen erst im Oktober geschehen, wenn die Sitzungsperiode des Parlaments wieder eröffnet ist. Unklar ist auch, wie weit die innerparteiliche Diskussion möglicher Inhalte des Pakets gediehen ist. Presse-spekulationen zufolge sind jedoch zunächst keine spektakulären Schritte zu erwarten.

So sollen an den Universitäten von Mardin und Diyarbakır Abteilungen für kurdische Sprache und Literatur eingerichtet werden. Die Möglichkeiten, Kurdisch in privaten Instituten zu erlernen, sollen verbessert werden. Türkisierte kurdische Ortsnamen sollen wieder ihre ursprüngliche Bezeichnung erhalten. In Gefängnissen soll der Gebrauch der kurdischen Sprache nicht länger verboten sein. Schließlich sollen Tausenden Kurden ihre Bürgerrechte zurückgegeben werden, die ihnen im Kampf gegen den »separatistischen Terrorismus« aberkannt worden waren. Das alles sind Schritte auf dem Weg zur Anerkennung einer eigenständigen kurdischen kulturellen Identität. Neben ihrer begrenzten praktischen Wirkung besitzen sie vor allem eine nicht zu unterschätzende symbolische Bedeutung.

Im Kampf gegen den Terrorismus der PKK soll das seit einiger Zeit existierende, bisher aber recht erfolglose »Reuegesetz« wirksamer gestaltet werden. Damit sollen all jene PKK-Kämpfer, die bisher keine Gewalttaten begangen haben, animiert werden, ihre Waffen niederzulegen. Des Weiteren soll das Antiterrorgesetz nicht länger auf Kinder angewandt werden, die an pro-kurdischen Demonstrationen teilnehmen und deshalb bis jetzt nach Erwachsenenstrafrecht vor Gericht gestellt wurden. Das hat dazu geführt, dass 13-Jährige zu zehnjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Eine gewisse Entspannung im politischen Klima dürfte auch eintreten, wenn Parteien gestattet wird, künftig in ihren Kampagnen nicht-türkische Sprachen zu verwenden.

All diese Maßnahmen ließen sich innerhalb des gegenwärtigen politischen Systems umsetzen. Der Charakter der Republik als Einheitsstaat würde nicht angetastet, worauf auch die AKP großen Wert legt.

Systemverändernde Notwendigkeiten

All dies dürfte jedoch nicht ausreichen, um das Kurdenproblem nachhaltig zu lösen. Ungeklärt bliebe zum Beispiel, welcher Status der kurdischen Sprache als primärem Ausdruck kultureller Identität zukommen soll. So wird gefordert, sie dort, wo große kurdische Bevölkerungsgruppen leben, im öffentlichen Unterrichtswesen und der öffentlichen Verwaltung stärker zu berücksichtigen. Außerdem sollten private kurdische Rundfunk- und Fernsehsender zugelassen werden. Für diese Fragen lassen sich ohne eine Verfassungsänderung aber wohl keine dauerhaft gültigen Antworten finden.

Damit stellt sich das Problem eines umfassenden gesellschaftlichen und politischen Konsenses für ein »neues Denken« jenseits des etablierten türkischen Nationsverständnisses. Wie wenig ein solches Denken entwickelt ist, zeigen unter anderem die heftigen Proteste der Oppositionsparteien gegen eine womöglich bevor-

stehende Zulassung der im kurdischen Alphabet gebräuchlichen, im türkischen aber unbekanntem Buchstaben »w«, »q« und »x«. Solange man aber darauf besteht, die nationale Identität als »türkische« uneingeschränkt beizubehalten, also exklusiv ethno-national zu definieren, bleibt die Gewährung kultureller Identität für die Kurden weitgehend Folklore. Höchst fraglich ist, ob die Lösung des Problems durch das gemeinsame Bekenntnis von Türken und Kurden zur islamischen Religion erleichtert wird, wie Ministerpräsident Erdoğan zu meinen scheint.

Unbeantwortet bliebe weiterhin die politisch eminent wichtige Frage nach der Lösung des PKK-Problems, einschließlich der Zukunft von Abdullah Öcalan. Die PKK und ihre Sympathisanten wollen offiziell in den demokratischen Öffnungsprozess einbezogen werden. Doch selbst wenn die AKP dazu bereit wäre, ist ein solches Vorgehen auf absehbare Zeit gegenüber der türkischen Öffentlichkeit und der Militärführung nicht durchzusetzen. Wird aber die PKK weiterhin radikal ausgeschlossen und eine politische Lösung für ihr überwiegend im Nordirak sitzendes Führungspersonal verweigert, dürfte dies den längerfristigen Erfolg der Öffnungspolitik gefährden. Hier wird die AKP, zusammen mit legitimierten Vertretern der kurdischen Öffentlichkeit, weiter nach einer mittelfristigen Lösung suchen müssen. Dafür wird sie wahrscheinlich der Kooperation bestimmter dritter Staaten bedürfen. Diese müssten sich eventuell bereitfinden, PKK-Führungskadern ein dauerhaftes politisches Exil zu gewähren. Außerdem müssten sie sich an der Entscheidung über das Schicksal ihrer kurdischen Staatsangehörigen beteiligen, die sich in den letzten Jahren der PKK angeschlossen haben. Dies gilt insbesondere für Syrien.

Fehlender nationaler Konsens

Diese kurzen Überlegungen zu gewichtigen, kaum kurzfristig zu lösenden Fragen der »demokratischen Initiative« zeigen, dass

die Regierung erst am Anfang eines längeren Prozesses steht, der erhebliches Durchhaltevermögen und ein beträchtliches Maß an Konfliktfähigkeit erfordert. Erdoğan hat dies sehr wohl erkannt, wie seiner Fernsehansprache vom 27. August 2009 zu entnehmen ist, in der er ein ums andere Mal die nationale Einheit als *Conditio sine qua non* für die »demokratische Initiative« beschwor. Dieser nationale Konsens ist jedoch keinesfalls gesichert.

Deniz Baykal, Vorsitzender der national-kemalistischen Republikanischen Volkspartei (CHP), hat es bisher abgelehnt, sich mit dem Ministerpräsidenten oder dem Innenminister zu treffen, weil die konkreten Inhalte der Regierungsinitiative nicht bekannt seien. Baykal hat klargestellt, dass die CHP sich Bemühungen zur Lösung der Kurdenfrage nicht prinzipiell verweigere, doch klare Bedingungen genannt. So müsse das unitarische Staatssystem der Türkei beibehalten werden. Souveränität dürfe demnach nicht einmal partiell abgegeben werden, etwa an Ebenen unterhalb des Zentralstaates. Weiterhin sei die nationale – also türkische – Identität uneingeschränkt zu erhalten. Folglich könne es für Kurden zwar eine spezifische ethnische Identität geben, aber diese dürfe den Respekt vor und die Bewahrung der nationalen Identität der Republik in keiner Weise in Frage stellen.

Ähnlich äußerte sich der türkische Generalstabschef in einer Rede vor der Militärakademie, indem er auf die in Artikel 3 der Verfassung festgelegten unveränderlichen Grundsätze der Republik verwies. Devlet Bahçeli, Vorsitzender der nationalistischen Oppositionspartei MHP, erklärte gar, für diese komme ein Gespräch mit Regierungsvertretern welcher Ebene auch immer nicht in Betracht, da das Projekt einem »Verrat an der Republik« gleichkäme.

Sollte sich die nationale Einheit im Sinne einer umfassenden Zustimmung zur AKP-Linie nicht herstellen lassen, kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Ministerpräsident und seine Partei das

Projekt fallen lassen oder stark verwässern. Dies wäre nichts Neues, denn in den letzten Jahren wurden mehrfach vielversprechende demokratische Initiativen stillschweigend aufgegeben, weil national-kemalistische Kreise massiv Front dagegen machten. Prominentestes Beispiel des Scheiterns ist das im Sommer 2007 initiierte Projekt einer »zivilen Verfassung«. Damit wollte man die aus der Zeit der letzten Militärherrschaft stammende Verfassung von 1982 ablösen, doch diese ist, wenn auch in teilweise bereits reformierter Form, heute noch in Kraft.

Reichweite und potentielle Folgen

Dieses Mal steht allerdings viel auf dem Spiel. Die Kurdenfrage ist das größte politische Problem des Landes und berührt nahezu alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Belange, ja sogar einige der drängenden außenpolitischen Herausforderungen der Türkei. Ein Erfolg der »demokratischen Initiative« würde daher nicht nur die innenpolitische (Macht-)Stellung der AKP spürbar festigen. Zudem böte er die Möglichkeit für eine umfassende und dauerhafte demokratische Öffnung der Türkei und eine zeitgemäße Neudefinition ihrer politischen, gesellschaftlichen und ihrer Identität betreffenden Grundlagen. Damit ergäben sich auch völlig neue Chancen, den »Kulturkampf« zwischen religiös-konservativen und säkular-(national)kemalistischen Kräften zu überwinden, der die Entwicklung der Türkei immer wieder lähmt.

Auch die Perspektiven der weiteren regionalen politischen Entwicklung würden davon nicht unberührt bleiben. Der vorsichtige Annäherungsprozess zwischen der Türkei und der Kurdischen Regionalregierung (KRR) im Nordirak ließe sich festigen, die Grenzen könnten weiter geöffnet und die bereits starke privatwirtschaftliche Zusammenarbeit intensiviert werden.

Auf dieser Grundlage könnte die Bereitschaft der KRR zu einem konstruktiven Ausgleich mit der Bagdader Zentral-

regierung wachsen, wenn die Türkei ihre gestiegenen Einflussmöglichkeiten in diesem Sinne nutzen würde. Vorher müssten allerdings das PKK-Problem gelöst und durch mehr Kooperation der türkisch-kurdische Gegensatz in der Kirkukfrage aufgehoben werden.

Scheitert die »demokratische Initiative« jedoch, hätte die AKP mit einem erheblichen innenpolitischen Prestige- und Einflussverlust zu rechnen, wenn sie einen solchen Misserfolg nicht eindeutig auf einen politischen Gegner abwälzen kann, sei es die PKK, das Militär oder das kemalistische Establishment. In jedem Fall würden sich jedoch die innenpolitischen Konflikte verschärfen und damit die politische Stabilität des Landes weiter untergraben. Das bliebe nicht ohne Folgen für die Ambitionen, die Türkei als unverzichtbaren ordnungsbildenden Faktor in der nah-mittelöstlichen Region zu etablieren. Hier dürfte die AKP einen deutlichen Rückschlag erleiden, wenn sich herausstellen sollte, dass sie nicht in der Lage ist, ein zentrales innenpolitisches Problem erfolgreich anzugehen.

Ausgleich mit Armenien

Von ähnlich großer innen- und außenpolitischer Bedeutung ist der parallel zur »demokratischen Initiative« ebenfalls verstärkte Prozess, sich mit Armenien zu verständigen. Auch hier versucht die AKP-Regierung, ein Problem zu regeln, das seit den frühen 1990er Jahren ihren regionalpolitischen Spielraum im Kaukasus begrenzt und die Beziehungen der Türkei zu den USA und zur EU ständig belastet. Innenpolitisch hemmt die ungelöste Armenienfrage die Entwicklung einer liberalen und offenen Gesellschaft, in der Pluralismus und Minderheitenschutz nicht mehr habituell als Gefährdung der nationalen Einheit und staatlichen Existenz gesehen werden.

Die diplomatische Initiative

Seit dem Herbst 2008 gab es zwischen Ankara und Eriwan Gespräche über eine Normalisierung der Beziehungen, zum Teil mit Schweizer Vermittlung. Diese Beratungen schienen im Frühjahr 2009 zunächst in eine Sackgasse geraten zu sein, weil sich in beiden Ländern nationalistischer Widerstand regte und überdies die Türkei Rücksicht auf den »Bruderstaat« Aserbaidschan nehmen muss, der sich wegen der armenischen Enklave Nagorno-Karabach in einem »eingefrorenen« Konflikt mit Armenien befindet.

Umso überraschender kam die türkisch-armenisch-schweizerische Erklärung am 31. August 2009, Armenien und die Türkei hätten sich auf zwei Protokolle geeinigt. Das erste sieht vor, die Grenzen zu öffnen und diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Beide Seiten erkennen auch den gegenwärtigen Grenzverlauf an. Damit werden immer wieder geäußerte türkische Vorbehalte gegenstandslos, Armenien erhebe zumindest implizit Ansprüche auf Gebiete im Osten der Türkei, die nach dem Ersten Weltkrieg der neuen Türkischen Republik zugefallen waren. Das zweite Protokoll enthält Einzelheiten, wie die politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien zu gestalten sind. Zu diesem Zweck soll eine bilaterale Regierungskommission (mit verschiedenen Unterkommissionen) eingesetzt werden, die drei Monate nach Inkrafttreten des Protokolls damit beginnen soll, einzelne Felder der bilateralen Beziehungen mit Inhalt zu füllen. Die Protokolle sollen nach einem sechswöchigen internen Konsultationsprozess in beiden Ländern unterzeichnet und anschließend von den Parlamenten ratifiziert werden.

Im Blickpunkt der kritischen Öffentlichkeit auf beiden Seiten dürfte aber der ebenfalls vereinbarte Dialog über die »historische Dimension« stehen, der im Rahmen der Kommission stattfinden und mit dem das »gegenseitige Vertrauen zwischen

beiden Nationen« wiederhergestellt werden soll. Mit dieser Formulierung wird die heftig umstrittene Frage angesprochen, ob und wie man sich möglicherweise darüber verständigen kann, wie die massenhafte Vernichtung armenischer Bürger des Osmanischen Reiches im Jahre 1915 zu bewerten ist: als von der damaligen Reichsführung beabsichtigter »Völkermord«, wie es die Armenier und große Teile der internationalen Öffentlichkeit sehen, oder als bedauerliche Begleiterscheinung der seinerzeitigen kriegerischen Auseinandersetzungen, wie es die offizielle türkische Lesart ist.

Chancen und Widerstände

Nicht zuletzt an diesem Streit, in dem auch die internationale armenische Diaspora, das heißt die Nachkommen der Opfer der damaligen Massaker, ein gewichtiges Wort mitspricht, sind in der Vergangenheit alle Bemühungen um einen Ausgleich schon im Ansatz gescheitert. Hier standen sich die Kontrahenten bisher in starren Fronten gegenüber: Die für die armenische Politik höchst bedeutsame Diaspora leitet ihre Identität aus dem »Völkermord« her. Dessen kategorische Ablehnung ist wiederum für viele Türken fester Bestandteil der nationalen Identität der türkischen Republik. Dies verwundert nicht, waren doch zahlreiche Führungskader der »ersten Generation« des kemalistischen Staates mehr oder weniger in die Armeniermassaker verstrickt.

Für beide Seiten hat diese eigentlich historische Frage deshalb bis heute eine eminente politische und existentielle Bedeutung. Sollte sich daher im jetzt anlaufenden Prozess eine armenisch-türkische Einigung erzielen lassen, erhielten nicht nur die bilateralen Beziehungen ein neues Fundament. In der Türkei brähe ein weiterer wichtiger Stein aus dem national-türkischen Politik- und Denkgebäude, das bisher die Entwicklung einer demokratischen Ordnung mit gesellschaftlich breit akzeptierter Meinungsfreiheit enorm

behindert hat. Daher werden nationalistische Kreise mit einiger Sicherheit erheblichen Widerstand gegen die Unterzeichnung und anschließende Ratifikation der beiden Protokolle in der türkischen Nationalversammlung mobilisieren. Ihnen dürften gleichgerichtete Bemühungen der nationalistischen armenischen Opposition in Eriwan in die Hände spielen, die bereits angelaufen sind. Ein erneuter Teufelskreis zum Nachteil beider Staaten ist deshalb keineswegs ausgeschlossen.

Regionalpolitische Implikationen

Sollte es aber gelingen, die Protokolle in beiden Staaten zu ratifizieren und umzusetzen, sind damit nicht nur wichtige innenpolitische Weichen gestellt. Die regionalpolitischen Konsequenzen können ebenso bedeutend sein.

Zunächst einmal könnte die AKP-Regierung einen weiteren Erfolg ihrer »Keine Probleme mit Nachbarn«-Außenpolitik verbuchen. Darüber hinaus sind Rückwirkungen auf den Nagorno-Karabach-Konflikt unvermeidlich. Die Türkei käme mit der Unterzeichnung der Protokolle in eine Lage, die sie quasi verpflichtete, zwischen Armenien und Aserbaidschan zu vermitteln. Dauern nämlich die latent gewaltförmigen Spannungen zwischen den kaukasischen Nachbarn an, könnte dies die Ratifikation im türkischen Parlament doch noch gefährden.

Außerdem wäre Ankara kaum imstande, problemlose bilaterale Beziehungen zu beiden Staaten gleichzeitig zu unterhalten. Entweder stünde die Konsolidierung der Ausgleichspolitik mit Eriwan ständig auf der Kippe oder die regionalen energiepolitischen Interessen der Türkei, die eng mit den Beziehungen zu Aserbaidschan verknüpft sind, wären latent gefährdet. Im schlimmsten Fall käme beides zusammen.

Für Baku und Eriwan gibt es nur Russland als Alternative zu guten Beziehungen mit der Türkei und der damit auch verbundenen »Öffnung nach Westen«,

wenn man einmal den theoretisch möglichen Auf- und Ausbau von Sonderbeziehungen zu Iran als unwahrscheinlich ansieht. Doch beide südkaukasischen Staaten zeigen kein gesteigertes Interesse daran, sich auf Dauer der russischen Einflusspolitik in der Region anzuliefern.

Hierin liegt die Chance für eine künftige türkische, von der EU und den USA unterstützte intensive Vermittlungspolitik. Dafür werden gegenwärtig im Rahmen der »Minsk-Gruppe« der OSZE Vorarbeiten geleistet. Sollte sich der Nagorno-Karabach-Konflikt nachhaltig entschärfen lassen, würde sich das Kräfteparallelogramm im Südkaukasus deutlich zugunsten einer autonomen Regionalentwicklung verändern, in der die Türkei eine wichtige Rolle spielen könnte. Damit würden sich aber auch die geostrategischen Gegebenheiten für die kaspischen Energiestaaten wandeln: Energietransporte durch den Südkaukasus wären leichter möglich.

Allerdings ginge eine solche Entwicklung eindeutig zu Lasten des russischen Einflusses in der Region. Die große offene Frage ist deshalb, wie Moskau auf derartige Tendenzen reagieren würde. Mit dem Ausgang des Georgienkrieges vom August 2008 hat es seine Stellung im Südkaukasus deutlich gefestigt. Der türkische Plan einer »Stabilitätsplattform für den Kaukasus« würde die russische Rolle in der Region bestätigen und festschreiben, allerdings müsste Russland im Gegenzug die türkischen regionalpolitischen Ambitionen anerkennen. Das dahinter aufscheinende Bild eines russisch-türkischen »Kondominiums« in der Region stößt aber nicht nur bei den Staaten des Südkaukasus auf erheblichen Widerstand. Es wäre auch Ausdruck einer politischen Selbstüberschätzung der Türkei.

Ein türkisch-armenischer Ausgleich eröffnet also Perspektiven für eine umfassendere regionale Stabilisierung und Ordnungsbildung. Dennoch ist er nur als erster Schritt auf einem längeren, höchst ungewissen Weg anzusehen. Die Türkei kann aus eigener Kraft keine dauerhafte

regionale Neuordnung herbeiführen, geschweige denn garantieren. Immerhin könnten Ankara und Eriwan einen wichtigen Anfang machen.

Energiepolitische Öffnung gegenüber Russland

Deshalb können die jüngsten Entwicklungen im türkisch-russischen Verhältnis auch als Maßnahmen präventiver Rückversicherung durch Ankara gesehen werden. Am 6. August 2009 besuchte Ministerpräsident Putin die Türkei. Dabei wurde eine Reihe von Vereinbarungen im Energiesektor getroffen. So gestand die Regierung Erdoğan Russland bzw. der Firma Gazprom zu, die exklusive Wirtschaftszone der Türkei zu nutzen, um die geplante Ost-West-Gasleitung »South Stream« durch das Schwarze Meer zu verlegen. Damit könnten die ukrainischen Territorialgewässer umgangen werden, ein Land, mit dem Russland im Gassektor immer wieder erhebliche Probleme hat. Die Verwirklichung des »South Stream«-Projekts wäre dadurch von potentiellen Hindernissen befreit. Außerdem hat die türkische Regierung bekräftigt, ein russisch-türkisches Konsortium mit dem Bau des ersten türkischen Atomkraftwerkes (an der Südküste bei Akkuyu) zu beauftragen.

Als Gegenleistung sagte Putin eine russische Beteiligung an der geplanten »Transanatolischen Ölleitung« zu. Damit will ein Konsortium aus dem italienischen Energieriesen ENI und der türkischen Firma Çalık den türkischen Schwarzmeerbahafen Samsun mit dem Ölterminal in Ceyhan am Mittelmeer verbinden. Russland will nun die bisher ungeklärte Ölversorgung dieser Pipeline sicherstellen.

Auf diese Weise würden sowohl Samsun als auch Ceyhan in ihrer Bedeutung als Energieknotenpunkte gestärkt. In Samsun landet heute schon die ebenfalls mit Beteiligung von ENI durch das Schwarze Meer gebaute Nord-Süd-Gasleitung »Blue Stream« an, über die Gazprom Erdgas aus Russland für das nationale türkische Netz

liefert. In Ceyhan endet die Baku-Tbilisi-Ceyhan-Ölleitung, durch die Öl aus einem großen aserbaidjanischen Offshore-Vorkommen im Kaspischen Meer ans Mittelmeer transportiert wird. Außerdem ist hier der Endpunkt einer Zwillingspipeline, die Öl aus den nordirakischen Feldern heranführen kann.

Mit den während des Putin-Besuchs getroffenen Abkommen werden also die etablierte türkisch-russisch-italienische Energiekooperation und damit auch die politisch-wirtschaftliche türkisch-russische Interdependenz gestärkt. Dies würde angesichts der (geo-)politischen Bedeutung von Energiefragen auch die türkische Regionalpolitik im Südkaukasus ein wenig abfedern.

Hierzu trägt auch bei, dass das alternativ zu »South Stream« geplante EU-Projekt der »Nabucco«-Gasleitung ein wichtiges Stück vorangekommen ist: Am 13. Juli 2009 unterzeichneten die Repräsentanten der beteiligten sechs Staaten in Ankara die notwendigen Staatsverträge. Wenn »Nabucco« tatsächlich realisiert wird, könnte damit Erdgas aus dem Kaspischen Becken über die Türkei nach Europa geleitet werden.

Zurzeit scheint Ankara sich also in der Energiefrage verschiedene Optionen offenzuhalten. Deren Verwirklichung bliebe von einem türkisch-armenischen Ausgleich und den damit verbundenen regionalen Konstellationsverschiebungen allerdings nicht unberührt. Gegenwärtig ist ungewiss, ob dieser Zusammenhang zu positiven oder negativen Synergien führen würde. Derzeit scheint es, als habe die Türkei es verstanden, ihren äußeren Handlungsspielraum für die Beeinflussung der regionalen Entwicklungen ungeschmälert zu behaupten. Umso wichtiger ist es, dass es Erdoğan und seiner Partei gelingt, auch die innenpolitischen Erfolgsbedingungen dieser komplexen außenpolitischen Konstellation zu gewährleisten.

Fazit

Die jüngsten Initiativen der türkischen Regierung können im Erfolgsfall die innenpolitischen Grundlagen der demokratischen Entwicklung des Landes erheblich stärken und im regionalen Umfeld zu einer spürbaren Reduzierung von Spannungen beitragen. Damit hat die AKP einen weiteren Schritt bei der Umsetzung ihrer außenpolitischen Maxime getan, nach der die Türkei nur dann ein unverzichtbarer Akteur der regionalen Ordnungspolitik werden kann, wenn sie im Innern Stabilität und Wohlstand garantieren und die Spannungen in den Beziehungen zu ihren Nachbarn nachhaltig abbauen kann.

Mit dieser Politik wollen Ministerpräsident Erdoğan und sein Außenminister Davutoğlu ihr Land in erster Linie zu einem wichtigen internationalen strategischen Akteur aus eigenem Recht machen. Die Türkei will sich in eine Lage versetzen, in der sie ihre Kooperationspartner frei wählen kann, statt sie sich vom Zwang der Umstände diktieren zu lassen. In gewisser Hinsicht ist diese Politik eine zeitgemäße Version des alten kemalistischen Ideals »Friede zu Hause, Friede in der Welt«.

Solange diese Politik demokratische Stabilität im Innern und kooperative Stabilität nach außen stärkt, sollten die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sie entschieden unterstützen, etwa indem wichtige EU-Politiker öffentlich für die Politik des Ausgleichs mit Armenien eintreten. Die Regierungen der EU sollten sich in ihrer Unterstützung aber weniger von Überlegungen zum türkischen Beitrittsprozess leiten lassen, sondern vielmehr die längerfristigen positiven Effekte für die politische Stabilität der Türkei und der sie umgebenden Region herausstellen. Diese sind, ungeachtet des weiteren Schicksals der Erweiterung, für die europäische Sicherheit wesentlich.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2009
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364